

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der zutreffenden Bedingungen. Erheim-
täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,00 Mk., durch die Post
bezogen vierteljährlich Mk. 12,00. Falls mir in der Herausgabe
oder Aufstellung der Zeitung gehin-
dert wird, behalte ich mir den Anspruch auf Vorforderung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

48. Jahrgang

Die belgische Regierung beanprucht außer der Bahnlinie Macren—Kalter—Herberg noch einen Schutzstreifen östlich des Bahns.

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 21. April.)

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation betr. Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet. Reichsaussenminister Dr. Kistner: Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Ausfluß eines wirtschaftlich gesunden Europas ins Gesicht schlägt. Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen kommen, wie es uns zugelegt ist. Die hindurchgehende Taktik der Polen verhindert das bisher. Gewisse Teilerfolge hatten wir in Verhandlungen erreicht, als der Mißtraufschuß dazwischen kam. Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmachten unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir machten nun die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Nach Mitteilungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem gereiften Resultate führen werden. In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperberzeugung, angeblich wegen der Pannotenabstempelung, geplatzt. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer betroffen. Wir haben auch bei der interalliierten Kommission in Paris protestiert. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet erübrigen sich, da wir schon die Ausfuhr gesperrt haben, da Polen seine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abschneidung Ostpreußens müßten wir durch Befestigung der Seeverbindungen verhindern. Angehörige der ganzen polnischen Methode heißt die Regierung sei für ihre Pflicht, Polen zu bedenken zu geben, doch Polen mindestens so sehr auf Deutschland angewiesen ist wie umgekehrt. Niemand weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden.

Ung. Wolf (Sz.) schildert aus eigenen Erfahrungen die Schikanen der polnischen Soldaten und Beamten im polnischen Nordost. — Ung. Heibde (D.) wünscht, daß die Unterhändler mit Polen etwas weniger Jagdbagigkeit zeigen möchten. — Ung. Fleisch (J.): Die Polen tun gut, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrages zu gewöhnen. Anstelle des Rechts ist im Osten die Billität eingetreten, und das ist doch für das Ansehen des Oesterreichs Reiches des Völkerbundes nicht eben förderlich. Der Seeverkehr nach Ostpreußen wird ausgefaßelt und subventioniert werden. Die Bemühungen Stammers in London, die Friedensbedingungen betr. den Schiffsbau zu unseren Gunsten abzuändern, müssen unterlitten werden. — Ung. Graf Dohna (D. Bp.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Unfindigkeit energischer Maßnahmen, hätten aber eine vielleicht etwas härtere Sprache gewünscht gegenüber dem brutalen Rechtsbruch der Polen. — Ung. Schulz-Bromberg (D. M.) wünscht, daß heute zu Verhandlungen nach Warschau geschickt werden, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Auslandspolitik müsse im Warschauer Geiste ausgefaßelt werden. — Reichsanwalt Dr. Ritter bemerkt noch: Sonderabmachungen mit den Polen giltigen nicht, die die Polen bereitwillig, uns demüthigten zu machen. Danyk bleibt deutsch. — Reichskanzler Müller: Dr. Schulz ist noch von dem Gedankteuse von vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute noch zumeist keine Fachleute. Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und seine Politik Vertrauen im Auslande erwerben, und dann kommt nur Dr. Ritter geeignet. — Damit schließt die Vortragsung.

Die dritte Beratung betr. Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern wird ohne Debatte erledigt.

Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausleihs-Gesetzes. Abg. Schmeider-Branken (Bayr. W.): Wir wollen diesen Ausgleich annehmen, aber keine Präzedenz für künftige Besteuerung schaffen. Wir haben keinen genügenden Ermittlungsmassstab für das Vermögen; das Papiergeld ist kein solcher Maßstab. — Regierungssitzung wird erklärt, daß, sobald dem Hause ein Steuergeßetz zugehen soll, welches die Einkünftegewinne besteuert; aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuergeße hinausgehe. — Ohne erhebliche Debatte und mit unbedingten Veränderungen wird der Gesetzentwurf erledigt, ebenso in dritter Lesung.

Der Entwurf eines Besitzsteuer-Gesetzes wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Hebelfrau.

Roman von U n n h W o t h e
(Nachdruck verb

(uñ.)

(Schluß.)

„Der Rauch quoll ihm entgegen. Mühsam
 nur bahnte er sich den Weg. Endlich hatte er
 die große Halle erreicht, die in hohen Lindnen,
 von Reimar gestützt, ihm entgegenstürzte.
 „Dort!“, rief sie angewollt, „wo ist das Kind,
 Eobdo Klas? Ich bitte Sie!“
 „Stehn in der Weddingharde. Seien Sie
 ohne Sorge, Dort lebt, aber hier bringe ich
 eine Tochter, Lindine, die ich Ihrem Willen
 und Ihrer Nachsicht empfehle.“
 Lindine schauerte unheimlich zusammen, als
 sie in Fridruns wilde Augen sah.
 „Kommt du mit deinem Bräutigam?“ lachte
 Fridrun, sich aus Eobdo Klas' Armen aufrichtend
 und auf Reimar zegend. „Er ist schön und statt-
 lich und ich weiß, daß du ihm sehr sehr wirst,
 als du ihm das jetzt gegeben bist — sein Weib
 wirst du sein. Ich wollte es nicht leiden“, fuhr
 sie geheimnißvoll fort, „und darum ließ ich
 sie Feuer brennen.“
 Entsetzt jahen sich Reimar und Lindine an.
 „Weich ein Ende“, flüsterle Reimar erschüt-
 tert. „Wohin nun mit der Urnen?“
 „In die Weddingharde“, bestimmte Lindine.
 „Kommen Sie, Eobdo Klas, ich gehe mit Ihnen.“
 „Ich folge sofort“, jagte Reimar. „Ich will
 nur sehen, ob ich hier noch etwas helfen und
 setzen kann.“
 Fridrun nickte ihm grüßend zu.
 „Dort ist tot“, sagte sie lächelnd, „und du
 bist gut zu mir, Reimar. Und Eobdo Klas hat so
 weiche Hände, die tragen mich so weit, weit in
 ein fernes Land. Er ist der Treueste, der Beste
 von Euch.“
 Wortlos trug der Nachtantritt Fridrun
 hinaus. Die Frau, die er so heiß geliebt, um die
 er Jahre lang in bitterster Pein mit seinem Ge-
 wissen gerungen, die ihm heilig sein sollte, wolle
 die des Grundes Weib, die war nun für immer

Außerhalb der Tagesordnung kommt sodann noch zur Beratung ein Antrag des Haus-
haltsausschusses betr. Auszahlung der verein-
barten Feuerungszuschläge für die Eigen-
bahnarbeiter und Verwaltungsbefehlshaber, die zu-
sammen der preussischen Eisenbahnverwaltung und
den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart
worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung
soll über die übrigen Zweige der Verwaltung
erteilt werden. Es handelt sich zunächst um
einen Betrag von 2½ Milliarden. — Reichs-
finanzminister Barth: Die finanzielle Tra-
gweite ist außerordentlich groß für das Reich.
Der Reichsverwaltungsrat und der Reichsausschuß sind
mit mir einig, die Konsequenz dieser Anträge
auf uns zu nehmen. Die Reichsverwaltungs-
ordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen.
Die Verhandlungen über einen Reichshofrat
mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen beginnen in
den nächsten Tagen. — Reichsverwaltungsminister Dr.
Bell: Die Berührungen der Arbeiter sind nach
Angaben der Prüfung des preussischen Ministeriums
der öffentlichen Arbeiten und des Reichs-
verwaltungsministeriums als berechtigt anerkannt
worden. Wir extrahieren daher, daß diese Streit-
anbahnung die letzte war und daß die Arbeiter
ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes
stellen. — Nach zunehmenden Erfahrungen
mehrerer Abgeordneten wird der Antrag an-
genommen.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 21. April.)

Der Entwurf zur Abänderung von Vorschriften des Gemeindeabgabengesetzes geht an den Gemeindeausschuß.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über den Staatsbeitrag württembergischen Preußen und den Reiche über die Uebertragung der preussischen Staatsbahnen an das Reich. — Berichterstatter Hg. Nibel-Charlottenburg (D.). Es handelt sich hier um die wichtigste Vorlage, die der Landesversammlung bisher zugegangen ist. Der Ausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme des Vertrages. — Die Vorlesung beginnt mit der Begründung eines förmlichen Antrags, daß der Demokraten durch den Hg. Nibel-Charlottenburg, ob die bei der Neuordnung der Eisenbahnenverhältnisse zugrunde gelegten privatrechtlichen Grundsätze auf ein weitere Zeuge der Bahnverstaatlichung an andere Staatsverträge zur Steigerung ihrer Produktivität und wirtschaftliche Anwendung finden würden, und ob die langwierigen Verhandlungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten bei der Ueberführung der Bahn in reine Reichsbetriebe nicht die technisch und wirtschaftliche Neuordnung unseres Verkehrsnetzes zu hemmen würden. — Hg. Stitzler (Zr.) beantragt, den Landesparlament zu einem Wirtschaftsrat auszuscheiden und auch eine entsprechende Ausgestaltung der Bezirksverwaltungsbehörden für die einzelnen Wirtschaftskreise des Staates herbeizuführen. Für das Ruhrgebiet muß der billige Vorbericht nach Berliner Muster eingeführt werden. — Hg. Krumm (Sg.): Obwohl wir in den Einzelheiten des Vertrages manches anders gewünscht hätten, bekräftigen wir ihn doch mit großer Freude. — Abg. Schmieding (Zr.): Nebenbei gegen Einzelheiten müssen zurücktreten hinter dem großen Ziel der Vorlage.

Abg. Seemann (D.R.) beantragt, daßin zu wissen, daß die künftige Tarifkommission zu einem beschließenden Reichstag ausgestellt wird, in dem Preussens Einfluß durch eine entsprechende Stimmengröße gesichert wird. Die Eisenbahnbeamten dürfen bei der Verwirklichung der Staatsbahn nicht geschädigt werden. — Abg. Gernig (D. Vp.) bedeutet, daß das Parlament nicht bei den Vertragsverhandlungen bestraft wurde, ebenso hätten die Wirtschaftsverhältnisse befragt werden müssen. Für sehr ungünstig halten wir es, daß das Eisenbahnwesen mit dem Schulendienste des Reiches verknüpft wird. — Minister Deser: Die Vergrößerung der Eisenbahnverwaltungen durch die Verwirklichung nicht ausfallen werden. Das Aufsichtspersonal wird vermehrt werden. Wirtschaftliche Gesichtspunkte werden weitgehend berücksichtigt finden. Die Eisenbahnsache werden auch in der Zukunft von höchster Bedeutung sein. Die Kautelarlinie im Eisenbahnwesen wird davon abhängen, inwieweit der Reichstag bereit sein wird, auf sein Staatsrecht bezüglich der Eisenbahnen zu verzichten. Nicht um ein Gefaßt zu machen, sondern aus rein vaterländischen und politischen Gesichtspunkten hat Preußen seine Bahnen übergeben. Viel größer als der Kaufpreis sind die künftigen Ausgaben für Personal und Material. — Abg. Paul Hoffmann (L.) beantragt, daß die Arbeiter und Beamten vorwiegend mit einem Drittel auf Vorschlag der Verwirklichung in diesem Rat vertreten sein müssen. Im Personenverkehr müßte eine einheitliche Wagenklasse eingeführt werden.

Der Vertrag wird unverändert in zweiter und dritter
Lesung angenommen, ebenso im ganzen gegen die Stimmen
vereinzelter Deutsch-Nationaler. Einstimmig wird Freizufahrt
für die Abgeordneten im ganzen Reiche verlangt.

Donnerstag: Keine Anträge, Deutschlisten, Rechnungs-
sachen.

Reichsrat und Wohnungsmangel.

Der Melatsrat befaßigte sich mit der Verordnungsangelegenheiten gegen die Wohnungsmangel, die in den Vorstädten sehr eingetretene, beraten worden ist. Die Regierung beabsichtigt, im Verordnungswege bestehende Verschärfungen der bisherigen Maßnahmen durchzuführen. Insbesondere sollten die Gemeinden allgemein zu Maßnahmen gegen die Wohnungsnot nicht nur ermächtigt, sondern auch verpflichtet werden. Außerdem sollten die Landeszentralbehörden ermächtigt werden, mit Zustimmung des Arbeitsministers selber entsprechende Anordnungen zu treffen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß beim Vorliegen außerordentlicher Verhältnisse die Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Gemeindebehörden auch zu anderen als in den bisher erlassenen Verordnungen enthaltenen Maßnahmen, insbesondere zu Eingriffen in die Freizügigkeit und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnungen ermächtigen oder verpflichten oder mit Zustimmung des Arbeitsministers selbst entsprechende Anordnungen treffen oder die Berechtigung dazu einer ihr unterstellten Behörde übertragen kann.

Zur Aufhebung über die Entschädigung kann mit Zustimmung des Arbeitsministers an die Stelle des Rechtsweges ein anderes Verfahren gesetzt werden. Die Strafen für Uebertretung der Verordnung sind auf 10 000 Mark festgesetzt. Es wird bestimmt, daß die Verordnungen zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 und 23. Juni 1919 auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft bleiben. Auch hier wird jedoch bestimmt, daß entsprechend den oben erwähnten Bestimmungen da, wo außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, von den obersten Landesbehörden mit Zustimmung des Arbeitsministers andere Maßnahmen, insbesondere Eingriffe in die Freigängigkeit und Unberücksichtigung der Wohnungen, angeordnet werden können. Ferner wird bestimmt, daß die Mietpreise für Wohnungen, für die aus öffentlichen Mitteln Beihilfen gewährt sind, nicht der Festsetzung des Erntungsamts unterliegen. Ausdrücklich ist bestimmt, daß die Mieteneingangsämter nur im Rahmen der getroffenen Anordnungen entscheiden dürfen. Die von den Auswärtigen getroffene wichtige Veränderung ist folgende: „Die obersten Landesbehörden können bei von ihnen erteilten Ermächtigungen zuruldennehmen, und die Gemeindebehörden zur Aufhebung der von ihnen auf Grund der Ermächtigung getroffenen Anordnungen und Maßnahmen anhalten.“ Das Gesetz wurde heute vom Reichsrat angenommen, es kommt also noch an die Nationalversammlung. Schließlich wurde ein Nachtrag zum Nothaushalt angenommen.

Schorlemer-Lieser über die Gefahr eines Erntestreiks.

In der Eröffnungsitzung des deutschen Landwirtschaftsrates führte der Präsident, Staatsminister a. D. Freiherr v. Schöller, die Sitzung, u. a. aus: Der deutsche Landwirtschaftsrat sieht sich als Vertreter der gesamten Landwirtschaft verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß eine dauernde Besserung der Ernährungsverhältnisse, die Aufrechterhaltung und Förderung der Produktion nicht möglich ist, wenn nicht endlich mit dem Abbau der in ihren Wirkungen verhängnisvollen Zwangsirtschaft begonnen wird. Die Proklamation des Generalstreiks durch die Regierung, und die damit verbunden gewordenen Unruhen und das Auftreten der „Roten Armee“ im Westen wird auch dem Vertrauensselbstigen unter den Landwirten die Augen geöffnet haben, wogegen die Reize geht. Wenn sich solche Vorgänge wiederholen, wenn bolschewistische Agitatoren weiter unter den Landwirten wühlen, dann ist leider mit Sicherheit zu befechten, daß wir im Sommer oder Herbst einen großen Ernteerfolg und damit den

Zusammenbruch der ganzen Volksernährung haben werden. Möge Gott uns davor bewahren, daß die deutsche Landwirtschaft in äußerster Not gezwungen wird, sich selbst den Schutz zu verschaffen, der ihr von den herrschenden Mächten nicht mehr ausbleibt wird.

Wie die Blätter melden, verlas Fejz. von Schorlemer-Lieser in der Sitzung des Landwirtschaftsrates folgendes Telegramm des preussischen Landwirtschaftsministers: Nachdem durch die Presse die Stellungnahme des derzeitigen Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Freiherrn von Schorlemer bekannt geworden ist, muß ich es ablehnen, von der Einladung zu der nunmehr auf den 20. April festgesetzten Sitzung und von eventuellen Einladungen zu weiteren Sitzungen selbst oder durch Einsetzung von Kommissaren Gebrauch zu machen.

Aufruhrbeteiligte vor dem Kriegsgericht Münster.

Der Ausbruch im Industriebezirk hat für manche Teilnehmer einen sehr bitteren Nachgeschmack, namentlich für diejenigen, die sich der Tragweite ihrer Handlungswiese nicht so recht bewußt waren und zu dem Glauben der Mittäuler gehörten, die vor radikalen Elementen entweder zum Mitteln überredet wurden oder aber unter einer gewissen Druck mitwirkten. In den Verhandlungen machen die Angeklagten einen Unterschied zwischen Arbeiterwehr und Roter Armee, welchem Standpunkt aber das Gericht nicht beifolgt. Es geht von dem Gesichtspunkte aus, daß sich die Arbeiterwehr in die Rote Armee auflöste, die sich den Kampf gegen die Regierungstruppen zum Ziel gesetzt hat.

Der 16jährige Bergmann Johannes Kabinßky und der 17jährige Bergmann Josef Großfär aus Böhun werden des erwirkten Mordes beschuldigt, da sie an der roten Front mitgewirkt haben. Am 29. d. M. 28. März traten beide in die Rote Armee ein und wurden am 31. März zur Kasse geführt. Als das Scharenfeuer der Regierungstruppen bei Haltern einsetzte, bekamen die beiden Anfgelassen mit noch mehreren anderen Teilnehmern Muth und ergreifen die Flucht, bevor sie einen Schuß abgegeben hatten. Ersterer erklärte sich als Syndikalst, letzterer als Mitglied des Spartakusbundes. Kabinßky erhielt 2 Jahre Zuchthaus, Großfär 2 Jahre Gefängnis. Seine Jugend bewahrte ihn vor der Zuchthausstrafe.

Die Bergleute Bernhard Kiebert, Math. Weber und Josef Wierling, 24, 24 und 49 Jahre alt, aus Galttern, leisteten im Dienste der Roten Armee thatigsten Fleiß und Wierling wolle sich nicht aktiv betheiligen haben, sondern für den Schutz des Eigentums der Bürgerhaft eingetreten sein. Zur Klärung ihrer Angelegenheit wird die Verhandlung vertagt, die in Sachen Webers zu Ende geführt wird. Weber ist der Roten Armee am 30. März beigetreten und hat ihr bis 2. April angehört. Zunächst war er in der Stadt Galttern, denn ging er mit der Roten Armee über die Alpe, betheiligte sich an der Besetzung des Bahnhofs in Sinesen und kam dann in der Umgegend in Kuhe. An der Plünderung des Schlosses in Sinesen will er nicht teilgenommen haben. Das Urtheil gegen ihn lautete auf zwei Jahre Zuchthaus.

Kleine Nachrichten

Die Blätter berichten, daß Major von Gilja, früher
Koslos Adjutant und in militärischen Dingen der tatsächliche
Leiter des Reichswehrministeriums, überraschend beurlaubt
worden sei, er soll eine andere Stelle erhalten.

gebetetes, heiß Liebendes und geliebtes Weib? Ach, Undine, wer vernimmt die Stimmen, die deine riechende Liebe mir gegeben und noch täglich gibt? Undine barg ihren Kopf tönig an Meinars Brust.

Befürchtungen schritten sie durch das frühlingserfüllte Grün des Friedhofes hinaus zur Fährde. Meinara sah, wie sich plötzlich Undines Blick verdundelte, als ihre Augen über den See auf die Trümmerstätte gingen, wo einst der stolze See besitz ihres Geliebten, der Gorkingshof, gestanden.

„Es soll neu erstehen, Undine, das Schloß deiner Väter.“

Die junge Frau schüttelte den blonden Kopf.

„Nein, Meinara, nie mehr. Der Fluch, der von Gorkingshof zu Gorkingshof sich hier vererbt, soll nicht weiter seine Macht üben. Die Wesenfrau hat hier ausgelegt, und deine Frau geht mit dir, wohin du sie führt.“

„Du wolltest, Undine?“

„Eidgarde verlassen, das Volls Eigenthum bleiben soll, wie es deine Großmutter verheißt, denn deine Heimat, Meinara, soll auch die meine sein, wie es schon in der Bibel heißt: Das Weib soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne anhangen. Ich will mir bei dir sein.“

Da küßte Meinara weich und andachtsvoll Undines weichen, roten Mund.

„Was verheißte Edda Mas, als du ihn heute sahst, von Fridrun?“ fragte sie dann, als sie knief der Fährde langsam über die See glitt.

„Sie sah die dunklen Schatten auf ihres Mannes Stirn.“

Der Arzt im Sanatorium gibt wenig Hoffnung auf Wiederherstellung. Die Wahrstellungen haben zwar etwas nachgelassen, aber sie ist nur noch ein Schatten gegen früher.

„Und Edda Mas hofft noch immer?“

„Er hat eben die Liebe, die nicht aufhört. Undine. Er hofft, daß er sie noch in Jahr und Tag zu sich nehmen kann und sie pflegen und sie hüten. Er ist der einzige, dem sie folgt, dem sie entgegengeht und der ihr vom Dorn, die ja so prächtig gedeiht, erzählen muß. Er hofft, daß, wenn sie ihn auch nicht lieben lernt, falls sie gestundet, sie ihn doch das Recht geben wird, ihr Vater und ihrem kranken Vater zu sein. Für

nicht will er nichts, nur ihr nützen, ihr dienen.
 So will er die künftigen Gedanken süßen, die ihn
 einst des freundes Weib begehren lassen.
 „Er ist groß und gut“, sagte Lindine, „und
 ich liebe ihn wie einen Bruder. Dort hängt mit
 väterlicher Zärtlichkeit an ihm. Er ist eigentlich
 der einzige, der sie zügeln kann.“
 Die glitten sie über die blaugrüne Fläche
 die ganze Welt schien wie in Düst getaucht.
 Wenn im Innern schritten sie dann die Dörfters-
 umläng. An Dorrets Grab standen sie im stum-
 men Gebet. Vom Kirchlein flangen die Glocken.
 Vor der Wiebingsdorf hockte Elsie Thorsen.
 „Mein Sohn! Das ist wieder hinaus auf's
 Meer“, rief er ihnen zu, „da wird er wohl den
 anderen grüßen, der um Dorret weinte und
 vielleicht jetzt schon lag.“
 „Timmens letzter Brief klang wieder froh und
 heiter“, sagte Lindine gepreßt zu ihrem Mann.
 „Er hat es verstanden.“
 „Das Vorrecht der Jugend“, gab Reimar
 zurück. „Elsie Thorsens sehen wir wohl zum
 ersten Mal, er sieht recht verfallen aus.“
 Der Alte nickte ihnen zu.
 „Heil, heil. Ihr gaei vom Goringstof. Ihr
 habt den Frau gebrochen. Aber der Liebe muß
 die Hefelrau weichen, da kann sie keine Schletter
 mehr heben. Ich habe sie nicht mehr gesehen.
 Sie ist in einer ganzen, dunklen Nacht für immer
 ins Meer gefahren.“
 Er legte die Hand beschattend über die leicht
 geöfneten Augen und richtete sie weithin über das
 Meer.
 Das lag im glühenden Abendstern wie eine
 Burpurwoge.
 Durch die Abendstund' Mang woe verarmten
 er Glodention das schwebende Schifferschiff
 er Allen „Goiabo!“ zu Reimar und Lindine
 erhör.
 Die Hielten sich stumm bei der Handen und
 schen die Meereseelen kommen und gehen. Sie
 ande, bis der Abend sank und die Wellen
 fante aus dem Wasser emporsteigen. Ihre Seelen
 waren voll Reiz und Duft.
 Die Hefelrau sahen sie nicht.

Namen, 22. April. (Verschiedenes.) Bon
jetzt an können wieder Postpakete (d. h. Pa-
kete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm) nach
Cuba und Mexiko zur Beförderung über Ham-
burg mit deutschen Schiffen angenommen wer-
den. Bei Postpaketen nach Cuba ist eine
Zurücknahme bis 2400 Mark zugelassen. Ueber
alles Nähere erteilen die Postanstalten Aus-
kunft.

Die Vegetation ist infolge des milden Winters und der warmen Februar- und Märztage außerordentlich weit vorgeschritten und so geht, wenn sonst dem Monatsname Mai vorbehalten war, bereits der April geradezu verhängnisvoll mit uns der Frühlingsoberfluth, die er uns befeuert. Die ruhige Christenheit im Gange der Wachstagen steht die Asiaten mit ihren originalen, fast fabelhaft aufsteigenden Winterypyramiden da, die auf die übige heilige Witterung

Wir beginnen morgen (Freitag) mit dem Abdruck eines spannenden Romans der beliebten Schriftstellerin Hedwig Courths-Mahler, auf den wir die besondere Aufmerksamkeit aller Leser lenken möchten. Es handelt sich um das Werk

Die neue Postgebührenordnung tritt nach dem Beschluß des Reichsrates und vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung am 1. Mai in Kraft. Die neuen Bestimmungen über die Zeitungstarife und Telegraphen- und Fernspreckgebühren sollen am 1. Juli in Kraft treten.

Es ist gütlich gemeint, zur eine Geldordnung zu schaffen, wonach die $\frac{1}{2}$ -Marktscheide, 1-, 2-, 3- und 5-Marktscheide, sowie die als Denkmünzen geprägten 2-Marktscheide einzuzahlen sind. Sie gelten nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel. Bis zum 1. Februar 1921 werden die genannten Scheide von den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werte in Zahlung genommen.

Zeit zur Ausgabe gelangenden grünen Reichsbanknoten zu 50 Mark (Ausgabe vom 24. Juni 1919) sind außer der im März durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fälschung weitere Nachbildungen aufgelaugt. Diese Fälschungen zeigen meist die nachstehenden, hauptsächlichsten Kennzeichen: 1. Papier in Größe und Färbung abweichend. 2. Rote

haben, bezeichnet hauptsächlich die letzten Buchstaben, Unterstrichen und Nummern. Frauenkopf auffallend unrein, zum Teil ein altes, schlesisches Gesicht tragend. Unterer rechter Stern am Himmel fehlt. 3. Müdfeite: Unrein und fleckig. Zeichnung teilweise auf dem Kopf stehend. Brauner Außenrand schmaler. Straßdruck erheblich größer. Der auf der Müdfeite in dem weißen Außenrand bei ersten Notizen deutlich erkennbare, etwa 3 Zentimeter breite, aus dunkelbraunen, in das Papier eingewirkten Fasern bestehende Faser-

das Licht nicht durchschimmern, nachgeahmt.
Vor Annahme dieser Fälschungen
wird gewarnt.

„Methler, 22. April. Die Gemeindevor-
reitung wählte in ihrer letzten Sitzung in-
den neu zu bildenden Steuerausschuß die Mit-
glieder Heinrich Knipper, Emil Simon und
Wilhelm Budde.

Heeren-Verte, 22. April. Hauptlehrer
Dr. Bierenberg scheidet in Kürze nach Gera-
berg ab, um dort eine Oberlehrer Stelle
zu übernehmen.

ermordet.) Als der Bergmann Anton Schulz von hier, im Kamp wohnhaft, am 20. d. M., morgens gegen 10 Uhr, vom Zeichenplatz der Schachtanlage I/II in Bielede kommend, nach Hause gehen wollte, wurde er von einem ehemaligen Kriegsgefangenen Russen, der jetzt auf der Zeche als freier Arbeiter beschäftigt wurde, mit einer Heugabel angegriffen. In bestialischer Weise drang der Russe immer und immer wieder auf Schulz ein, bis er mit der Gabel den ganzen Körper durchstochen

Stelle ein, worauf der Mörder die Flucht ergriff. Der Polizei-Oberwachmeister Kumpf, hierbon benachrichtigt, nahm gleich die Verfolgung auf und fand den Täter unter einer Scheune des Landwirts Bieler am Massenerdamm versteckt vor. Der Russe wurde festgenommen und der Polizeibehörde in Unna zugeführt. Das Motiv zur Tat ist, wie der „Hellw. Anz.“ meldet, folgendes: Der Russe war im Logis des Ermpöbels und hatte sich ausgelassen, daß unter Zurücklassung

zur Beise, um hier den Lohn festlegen zu lassen und ist auf diesem Wege dann ermordet worden.

(b) **Wetterbe, 22. April. (Diebstahl.)** Während sich in einer Reihe die Jugend beim Fußballspiel tummelte, wurde einem Mitspieler aus einem abgelegten Kleidera das Portemonnaie mit Inhalt gestohlen. Als Dieb wurde ein jugendlicher Arbeiter ermittelt.

Soest, 22. April. (Keine Garnison.) We-
tunmehr entschieden worden ist, behält Soest
keine Garnison, da in der Regel nur Städte
mit mehr als 75 000 Einwohnern und guten
Eisenbahnverbindungen in Frage kommen. Die
vorhandenen Kasernen sollen Wohnzwecken dien-
lich gemacht werden.

(1) Dortmund, 21. April. (Verschiedenes.) Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Arndestrasse zwischen 6-8 Uhr abends ausgeführt. Einer Familie wurde die sämtliche Unterwäsche, Tischtücher, Bettwäsche, Schmuckgegenstände und 500 Mark bares Geld gestohlen. Wegen des Einbruches fehlt noch sehr Thür

— Zwei am Bahnhof mit einer Karre wartende Straßen wurden von einem Unbekannten beauftragt, gegen gute Bezahlung bei einer Butterfirma einige Zentner Butter gegen eine Bezeichnung abzuholen. Die Butter wurde ausgehändigt, man merkte aber gleich nachher, daß die Bezeichnung gefälscht war. Durch schlechte Verfolgung wurde aber die Butter zurückverlangt; der Schwindler aber hatte sich

dem Staube gemacht. — Der 18 Jahre alte Handlungslehrling Josef Brambring aus Brilon hatte bei Gründung eines Eisenwarengeschäftes 25 000 Mark verloren. Um diesen Verlust einzuholen, griff er zu einem Schwindel mit Duplikatschreibesen. Er gab Anzeigen in Tagblättern aus, in denen

Der Drahtengroßhändler machte, obwohl er gar keine
eigene Drahtfabrik besaß, fünf Firmen aus Stuttgart,
Frankfurt/Main bestellten für rund 200 000
Mark Draht. Die Zahlungen sollten durch
Überweisungen an ein Dortmunder Bankhaus
wegen Vorlage des Duplikatfrachtbriefes
erfolgen. Brambring hatte sich zu diesem Zweck
ein Scheckkonto bei der Essener Kreditanstalt
durch Einzahlung von 100 Mark errichtet.

lassen. In diese Bank sollten die Beträge zur Auszahlung angewiesen werden, falls die Duplikatsbriefe über die erfolgte Verwendung vorliegen. Die Frachtbriefe hatte sich Brambringer bruden lassen. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten, der ein Gefängnis absaß, wegen versuchten Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Tag Haft.

(s) **Erzlk., 21. April.** Ein umfangreicher Treibriemen-Diebstahl ist Montag nacht bei der Firma Gebr. Hermann hierseits verübt worden. Die Sykuben, die mit großer Frechheit zu Werke gegangen sind, haben nicht weniger als 14 größere und kleinere Treibriemen gestohlen, doch kann der Betrieb des Werkes ungestört erhalten werden. Von den Tätern, auf deren Ermittlung eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt ist, fehlt noch jede Spur.

Sagen, 21. April. In einer grauenhaften Mordgeschichte hat sich der 24jährige Dreher Walter Dörnen vor dem Sagerer Schwurgericht zu verantworten. Er soll am Sonntag den 22. d. M. in der Nähe von Sagen

Die unverheiratete Marie Ditt vorzüglich geistelt haben. Der Angeklagte war zur seiner Jugend bereits Vater eines Kindes, für das er Alimente zahlen muß. Daneben dient Delle in der von der unverheirateten Marie Ditt an, die mit ihm in der Wippermannschen Fabrik arbeitete und die, im Alter von 28 Jahren stehend, auch bereits zweimal Mutter gewesen war. Als das Mädchen schwanger wurde, erklärte D., er könne sie nicht heiraten. Es wurde zwischen dem

gemeinsam mit der Elektrischen nach Gebelßberg zum Arzt
und dann nach Boerde zu den Eltern des Dörnen zu
fahren. In Gebelßberg gingen beide auf Dörnens Nat.

„Ich nicht in Begleitung der Didi gehen sein wollte.“
 „Nach dem Hauptbahnhof Geseesberg, um von da über Meiningen
 nach Eisenach nach Seesee zu gehen. Man schlief einen halben
 Tag ein, der sich schließlich im Walde verlor. Dort kam
 es zwischen beiden, wie Dörnen sagt, zu einer erregten
 Auseinandersetzung, bei der er, der Didi vorgeworfen haben
 soll, sie habe auch mit anderen Bekehrte gehabt. Die Didi
 soll dann erklärt haben, sie werde nicht mit zum Arzt gehen,
 sondern nach Geseesberg zurück, um Dörnen wegen der

Heißung anzugreifen. Dann werde sie auch an die Türe
 in Cost schreiben, damit er diese nicht bekomme. Dorn
 sagt, er habe die auf ihn zukommende Noth dann
 die Reize gezeigt, worauf sie ihn während dardastossen habe.
 Nun habe er ihr ein Loch in seiner Tasche befindliches
 Stück Fardel um den Hals gelegt, um sie zu mähren.
 Als die Schur gerissen sei, habe er in seiner Erregung
 sein Messer hervorgeholt und damit der Ditt einige Schläge
 an den Kopf versetzt. Als die Ditt dann habe flüchten
 wollen, habe er das Messer geöffnet und blindlings auf

zu ausgehen, ohne die Absicht gehabt zu haben, sie zu töten. Als er gesehen habe, daß die Dibi flüchtigst zurück aufmergendem sei und daß darauf regungslos befehle habe, habe er die Leiche mit Heilig verdeckt und sich dann unter Mithnahme der Handlanger der Dibi, die er unterzogen fortgeworfen hat und die nicht wiedergebunden ist, nach Genselsberg begeben. Das Gericht erkennt mit Mäßigkeit auf die Schwere der Tat, die von einer großen Gefährdung und Gemütskrankheit zeugt, und unter Berücksichtigung der bis-

Erstens: Straflosigkeit des Angefallenen auf die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe von 5 Jahren Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von 4 Jahren, der Untersuchungshaft lag für die Anrechnung eines Teils das Gericht kein Anlaß vor.

z. Hagen, 21. April. (Ein falscher Abgeordneter.) In einem hiesigen Gasthof mietete sich ein Gast ein, der sich als harrschiger Landtagsabgeordneter vorstellte, der geschiedt sei, um seine Bundesregierung über die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu unterrichten. Die unruhigen Bezirke wurden von jeder Ratlosigkeitlieferung abge-

schneiden, die Sendungen würden nach Hagen geleitet, wo alles ruhig sei. Der Gefangene erhielt dann um ein n. Antell an diesem hiesigen Kartellgehen und es wurden ihm von „Herrn Landtagsabgeordneten“ 10 Rentner gegen gute Bezahlung überwiefen. Am andern Tage war der angeklagte Abgeordnete unter Zurücklassung einer hohen Anzahl verschunden. Die Polizei ermittelte den Schwindler in der Person eines wegen gleicher Schwindelthaten vorbestraften Vergemanns aus Offen und nahm ihn fest. Unbegreiflich bleibt, wie der Gefangene auf den schlumpigen Schwindel hereinfallen konnte.

(a) Wer, 20. April. **Neue Zufuhren** müssen in der Brotfabrik W. Böhninghaus, der zweitgrößten Brotfabrik der Stadt (sie besam ursprünglich 150 Sad Mehl) geherrscht haben, weshalb sie jetzt auf vollständige Anordnung geschlossen wurde. Die zum Brotbacken verwendeten Rohmaterialien wurden vom Untersuchungsamt in Reddinghausen einer Probe unterzogen, wobei sich herausstellte, daß das Weizenmehl, aus dem das Brot gebacken wurde, beträchtliche Mengen von Holzmehl enthielt. P. hatte schon im vorigen Jahre gelegentlich selbst eingekauft, Holzmehl genommen zu haben. Einer seiner früheren Angestellten behauptete, daß die ständischen Vorgänge bis 1916 zurückgingen. Nach Zeugenaussagen soll P. in aller Frühe mit kleinen Eßhaken die Mischung vollzogen haben. P. wurde jetzt von der Verlieferung mit städtischen Maren ausgeschlossen.

11. Ludwigshafen, 21. April. Die Verhaftung von zehn Weincommissionären von Neustadt und Rüssbach wegen Kettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn beschuldigten Weincommissionäre und wurde schließlich als Ungsteiner für 12 000 Mark das Fuder vom ersten Besitzer wiederverkauft, ohne daß er den Kelter des ersten Verkäufers verlassen hatte. Dieser war daher sehr erstaunt, er er nach Abschluß des Kaufs erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungsteiner Wein als Oberländer Wein in seinem eigenen Kelter liege.

(TU) San Remo, 21. April. In der gestrigen
Freihung führte die Konferenz mit der Beratung
der aus der Aufstellung der Türkei sich
ergebenden Nebenfragen fort. Frankreich gelang
es, sich Cilicien zu sichern, das aus dem Grenzgebiet
Armeniens ausgeschlossen bleibt, ebenso wie
Trapezunt, das auf englischen Wunsch mit dem
Georgien zuzutheilenden Batum abgetrennt werden
soll. Für die europäische Grenze der Türkei
ist es bedauerlich, daß Bessarabien offiziell von der
Konferenz befreit wurde. Auf die leichtverrath-
liche englische Unterstützung bauend, scheint es
ihm nicht mißlungen zu sein, die griechischen
Wünsche durchzusetzen.

— (Eine einstimmige englische Stimme.) Laut „Nieuwe Courant“ schreibt die „Westminster Gazette“: „Die deutsche Regierung sieht noch immer derselben Schwierigkeit gegenüber. Sie muß einwilligen, kann aber die zu entlassenden Truppen nicht zur Waffenabgabe zwingen, wenn sie nicht die Erlaubnis erhält, für diesen Zweck eine genügende Anzahl anderer Truppen zu haben. Die Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland und die Herstellung eines politischen wirtschaftlichen Gleichgewichts ist dringend notwendig für die ganze Welt. Die Wiederherstellung ist unmöglich, wenn die Alliierten nicht bereit sind, die gemäßigten deutschen Regierung zu stützen, und wenn sie nicht gestatten, daß diese für die Durchführung ihrer mühevollen Aufgabe eine ausreichende Truppenmacht erhält.“

— Für 150 000 Mark Silbergeld beschlagnahmte die Berliner Kriminalpolizei bei einem Bandwirth aus der Provinz, der seinen Silberbeschaff mit hohem Gewinn in Papiergeld umzuwandeln wollte. Der Bandwirth fiel jedoch auf der Suche nach Gelbaukäufern kriminalbeamten in die Hände, die zum Schein auf das Geßicht eingingen und ihn, als er den Silberbeschaff ansprach, mit dem Gelde nach dem Polizeipräsidium dragten, da er in den Verdacht des gewerbmäßigen Geldhandels gerathen war.

— In Frankfurt (Main) gab zu Beginn der gelungen Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnetenvorleser Hobf aus Anlaß der Befegung der Stadt Frankfurt einen Protest ab, der von allen Stadtverordneten mit Ausnahme der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion stehend angehöht wurde. Stadtverordneter Weide, der Führer der Unabhängigen, gab eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der er gegen die Befegung von Frankfurt durch die Franzosen, aber auch gegen die Befegung des Ruhrreviers durch die Reichswehr protestierte und erklärte, daß seine Partei alles daran setzen werde, um die politische Betätigung des Volkes ohne Militarismus durchzuführen.

— (Nordbrenner Hölz.) Der in Eger festgenommene Kommunist Hölz hat bei seiner Verhaftung einen Depotschein zu vierhundert Gulden, der auf 245 000 Mark eingezahlter Depotsitzgelder lautet und von einer befristeten Bank auf den Namen Schmitz ausgestellt war. Ferner hatte Hölz für eine halbe Million Mark Brillanten in den Fingerringen eingenäht.

— 19 Schwerverbrecher entwichen. Aus dem Zuchthaus in Striegau sind 19 Schwerverbrecher entwichen, darunter zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte. Sie waren flüchtig aus dem Ruhrgebiet nach Striegau übergeführt worden. Auch aus dem Landshuter Gefängnis sind ein Straf- und ein Untersuchungsgefangener entkommen.

Der sachsenburgische Landtag beschloß einstimmig, sich aufzulösen. Die Reuwohnen sind am Tage des nächsten Monats abgelaufen.

Die Gothaer Regierung hat das Reich wegen Verfassungsbruch verklagt. Sie will auf gerichtlichem Wege beweisen, daß Gotha allein im ganzen Reich die Verfassung hochhalte.

Wie aus Danzig gemeldet wird, sollen die Abstim-mungen in der Reichsverfassung am 27. Juni stattfinden.

